

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 02.12.2003

öffentlich

Ort:	Ratshof, R. 105/107
Zeit:	16:30 Uhr bis Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltskonsolidierung
(Vorlage wird nachgereicht)
Vorlage: III/2003/03754
5. Vorstellen der Arbeit von zwei vertragsfinanzierten sozialen Einrichtungen
- 5.1. Begegnungsstätte "Labyrinth" des Labyrinth e.V. und der DBS des evangelischen Kirchenkreises (Berichterstatteerin Frau Dr. Radig und Vertreter der Einrichtungsträger)
- 5.2. "Sorgentelefon" der Telefonseelsorge e.V.
(Berichterstatteerin Frau Dr. Radig und Geschäftsführerin der Telefonseelsorge Frau Beck)
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7. Anfragen von Stadträten
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Der Ausschussvorsitzende **Herr Kupke** begrüßt Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sozial- und Gesundheitsausschuss die leitet die Beratung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Der Punkt 5.1 der Tagesordnung wird vorgezogen.
Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderung angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Wortprotokoll:

Frau Dr. Radig möchte eine präzisere Wiedergabe der Vorstellung des Stadtinsel e.V. aufgenommen haben. Eine entsprechende Protokollkorrektur wird vorgenommen.
Die Kontrolle der Niederschrift vom 04.11.2003 wird auf die Beratung im Januar verschoben.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltskonsolidierung (Vorlage wird nachgereicht) Vorlage: III/2003/03754

Wortprotokoll:

Die Vorlagen werden verteilt.

Frau Szabados erläutert einige Grundsätze zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2004 des Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit.

Gravierende Änderungen sind in den Haushaltsentwurf 2004 eingeflossen, die in Abhängigkeit zu den erwarteten Gesetzgebungen stehen.
Wesentliche Entlastungen im Sozialbereich werden erwartet. Dennoch können derzeit nur Hochrechnungen zur Sozialhilfe vorgenommen werden.

Beispielsweise ist ab Sommer 2004 die Finanzierungsverantwortung für das Arbeitslosengeld II, noch unklar.

In der Sozialhilfe wird eine Reduzierung von ca. 15 Millionen Euro an Haushaltsmitteln über Hartz 4 und die Regelungen zur Krankenhilfe, erwartet.

Frau Szabados betont, dass keine Abstriche und Einschnitte im Präventionsbereich vorgenommen werden. Es sind keine Kürzungen für die Arbeit von Vereinen und Verbänden vorgesehen. Qualität der Arbeit wird jedoch stärker gefordert.

1,7 Millionen Euro im präventiven Bereich sind wenig im Vergleich zu den Aufwendungen in der Sozialhilfe.

Frau Szabados bittet die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschuss, bei den Fördermitteln für Vereine und Verbände, nicht zu kürzen.

Herr Lönnecke informiert, dass die Berechnungsgrundlage für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung in einem Sozialtarifvertrag neu geregelt ist. 2003 entstand ein Mehrbedarf u.a. durch die tarifrechtliche Anpassung von 1% und 2 Millionen Euro für Abfindungen. Im Ergebnis wurden im Jahr 2003 insgesamt acht Millionen Euro eingespart.

Herr Lönnecke sagt eine schriftliche Zusammenfassung für die Ausschussmitglieder zu.

Als Problem sprach **Frau Szabados** die Umverteilung über das Zentrale GebäudeManagement (ZGM) an. Hier besteht eine gegenläufige Entwicklung, nämlich Mehrkosten entstehen. Durch die Geschäftsbereiche und die Fachbereiche der Stadtverwaltung sind Kosten in Höhe von 15,7 Millionen Euro mehr als im Vorjahr an das ZGM, zu zahlen. Im Jahr 2003 wurden durch Umverteilung und Umverrechnung 1 Millionen Euro mehr von der Stadt Halle an das ZGM gezahlt.

Die Unterabschnitte des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes des Fachbereich Soziales, werden von Frau **Dr. Radig** und **Frau Winter** einzeln dargelegt und erläutert. Nachfragen wurden sofort beantwortet.

Die Position heilpädagogische Maßnahmen UA 4122 –bedingt durch das Inkrafttreten des KiFöG- ist entsprechend der Vorjahres im Planteil Soziales eingearbeitet.

Es gab keine offenen oder unklaren Positionen.

Für den Fachbereich Gesundheit/ Veterinärwesen erläuterte **Frau Jahnke** alle Positionen der Haushaltsplanaufstellung.

Im UA 5011 werden die vom Land bereitgestellten Mittel für die Gruppenprophylaxe eingestellt.

Die gestiegenen Ausgaben bei der Bewirtschaftung des Kreuzerstr. (Veterinärwesen) wurden diskutiert:

Herr Sauerzapf bestätigt den erhöhten Quadratmeterbedarf und den Kostenaufwuchs.

Herr Dr. Wilhelms weist darauf hin, dass ein Mehrbedarf an Personal auf gesetzlicher Basis, durch die Futtermittelkontrolle, besteht.

Zusammenfassend erläuterte **Frau Szabados**:

Im Planteil Soziales ist mit einer Zuschussreduzierung um rund 15 Millionen Euro zu rechnen. Davon entfallen 11,3 Millionen auf die Änderung von Gesetzlichkeiten und der Rest auf Änderungen im Personalbereich.

Frau Szabados weist abschließend deutlich darauf hin, dass durch Konsolidierung und Prioritätensetzung in den Fachbereichen des Geschäftsbereich Jugend, Soziales und Gesundheit, viel unternommen wurde und nicht bei den Trägern gespart wurde.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt, dem Haushaltsplanentwurf 2004 des Geschäftsbereichs Jugend, Soziales und Gesundheit, zu.

Abstimmung

Stadträte	Dafür	5
	Dagegen	0
	Enthaltung	1
Sachkundige Einwohner	Dafür	1
	Dagegen	0
	Enthaltung	2

- zu 5 Vorstellen der Arbeit von zwei vertragsfinanzierten sozialen Einrichtungen**
zu 5.1 Begegnungsstätte "Labyrinth" des Labyrinth e.V. und der DBS des evangelischen Kirchenkreises (Berichterstatterin Frau Dr. Radig und Vertreter der Einrichtungsträger)

Wortprotokoll:

Frau Kramer und **Frau Voigt** vom stellen die Arbeit im Labyrinth e.V. / Diakonischen Begegnungsstätte gemeinsam vor.

Der Labyrinth e.V. und die Diakonischen Begegnungsstätte (Träger Ev. Kirchenkreis) schlossen sich im Juli 2007 räumlich und strukturell zusammen. Das Anliegen beider Träger ist es, offenes Begegnungszentrum für Menschen mit psychischen Krankheiten zu sein. Das Begegnungszentrum will Ort der Begegnung, Auseinandersetzung, der Ruhe und Entspannung sein. Die Angebote reichen von therapeutischen Angeboten bis zum offenen Cafe.

Die Angebote bestehen sieben Tage in der Woche. Die Begegnungsstätte ist ebenso an allen Wochenenden und Feiertagen geöffnet. Vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit ermöglichen diesen Rhythmus.

Das alles sind aus der Sicht des Labyrinth e.V. alles Gründe das bisherige Budget aufrechtzuerhalten und nicht zu Gunsten eines anderen Vereins Kürzungen, vorzunehmen.

Frau Dr. Radig erläutert, dass seit Mitte 2000 auf vertraglicher Ebene mit dem Träger verlässlich zusammengearbeitet wird. Die Einrichtung hält aktivierende Angebote vor. Die Besucherzahlen steigen jährlich. Durchschnittlich besuchen 100 Gäste die Einrichtung täglich. Die Angebote von Labyrinth e.V. / Diakonischen Begegnungsstätte sind ein qualitativer Teil im Gemeinde Psychiatriebund.

Frau Szabados die Beurteilung der Arbeit erfolgte nicht nur über Dokumentationen, sondern mittels teilnehmender Beobachtung von Fachleuten. Erkennbar ist ein steigender Bedarf. Es wird gute Präventionsarbeit geleistet.

Frau Szabados dankt dem Träger und den engagierten MitarbeiterInnen.

**zu 5.2 "Sorgentelefon" der Telefonseelsorge e.V.
(Berichterstatterin Frau Dr. Radig und Geschäftsführerin der
Telefonseelsorge Frau Beck)**

Wortprotokoll:

Frau Beck dankt dem Ausschuss für die Unterstützung der Arbeit in den vergangenen Jahren.

Seit 12 Jahren gibt es die Telefonseelsorge in der Stadt Halle (Saale). Die bundesweit verbindlichen Grundsätze der Telefonseelsorge sind:

- Offenheit
- Anonymität
- Verschwiegenheit
- Kostenfreiheit
- Tag und Nacht erreichbar
- Ausgebildete Ehrenamtliche am Telefon

Seit 1997 besteht auch in der Stadt Halle die kostenlose Erreichbarkeit. Die 24-stunden Erreichbarkeit ermöglichen ca. 75-80 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Derzeit gehen 19.000 Anrufe im Jahr ein (Zählung der Telekom). Die Palette der angesprochenen Themen ist sehr breit.

Die Telefonseelsorge wird wie folgt finanziert:

25,0 % Land Sachsen-Anhalt und andere Kommunen

22,5 % Evangelische Kirche

12,5 % Katholische Kirche

21,5 % Stadt Halle (Saale)

14,0 % Spenden, Mitgliedsbeiträge, Bußgelder u.a.

Abgedeckt werden mit dem Angebot die Stadt Halle und das südliche Sachsen-Anhalt. Das Durchschnittsalter der Anrufer und Anruferinnen wird auf 30-40 Jahre geschätzt.

Die Telefonseelsorge ist unter 0800-1110111 und 0800-1110222 kostenfrei zu erreichen. Mit dem Apparat des Sorgentelefon können nur Anrufe entgegengenommen werden. Eine schriftliche Zusammenfassung wird ausgeteilt.

Frau **Dr. Radig** betont die Wichtigkeit der Telefonseelsorge. Das Telefon ist erreichbar wenn andere Stelle geschlossen sind. Seit Juli 2001 wird vertraglich eine Verwaltungskraft gefördert. Die Telefonseelsorge lebt in höchstem Maß von ehrenamtlicher Arbeit. Es werden über 8.000 Stunden im Ehrenamt geleistet. Eine aktive Mitarbeit in der PSAG erfolgt überdies.

Herr Kupke dankt im Namen der Ausschussmitglieder für die Ausführungen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

keine

zu 7 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Frau Haupt bittet mittelfristig um Information zum Stand –Grundsicherung- in Halle.

Herr Dr. Yousif möchte dabei den Anteil an Ausländern dargestellt haben.

Frau Szabados sagt eine ausführliche Information, für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Februar 2004, zu.

Herr Kupke möchte wissen ob der Verein „Rad e.V.“ noch existiert.

Herr Otto informiert, dass der Verein immer bestanden hat. Die Geschäftsstelle ist täglich zwischen 8-14 Uhr erreichbar.

Die Aktivitäten wurden zwischenzeitlich zurückgefahren, es liegen Anträge für ABM vor.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Wortprotokoll:

Frau Haupt und den Mitgliedern des SGA wird die schriftliche Beantwortung, der Anfrage zur Software für Architekten zum barrierefreien Bauen, von Herrn Dr. Fischer übergeben.

zu 9 Anregungen

Wortprotokoll:

keine

zu 10 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Frau Szabados informiert über die Gesetzesänderung, dass Sozialhilfeempfänger zukünftig Kassenpatienten gleichgestellt werden. Sozialhilfeempfänger sollen eine Krankenkasse wählen. Alle Sozialhilfeempfänger werden angeschrieben und aufgefordert sich mit den Krankenkassen in Verbindung zu setzen. Die Krankenkassen sind im Krankheitsfall Ansprechpartner.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13
